## V-9 Keine Eurofighter für Saudi-Arabien!

**Antragsteller*in:** Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)
**Tagesordnungspunkt:** weitere Anträge, die nicht auf dieser LDK behandelt werden

Im Oktober 2022 hat die Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in einem Beschluss festgehalten: „[…] Die Regierung von Saudi-Arabien begeht nachweislich massive Menschenrechtsverletzungen und ist Kriegspartei im Jemen-Krieg. Deswegen lehnen wir jegliche Rüstungsexporte an Saudi-Arabien ab. Wir streben auch einen europäischen Rüstungsexportstopp für Saudi-Arabien und ein europäisches Waffenembargo gegenüber anderen Staaten an, solange diese nachweislich unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. Die von Saudi-Arabien geführte Koalition hat in den vergangenen Jahren tausende Luftangriffe im Jemen geflogen und damit und mit der Blockade des Landes zu einer der größten humanitären Katastrophen unserer Zeit beigetragen. […]“

Vor dem Hintergrund der Ankündigung der Bundesregierung im Januar, nun trotz der menschenrechtlichen Bedenken den Weg für die Lieferung von Eurofighter Kampfjets nach Saudi-Arabien freizumachen, stellt sich Bündnis 90/Die Grünen Berlin gegen diese Entscheidung und bekräftigt diesen BDK-Beschluss mit Nachdruck.

Die Parteien der Bundesregierung haben in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten: „[…] Wir erteilen keine Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an Staaten, solange diese nachweislich unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. […]“

Wir begrüßen zwar, dass Saudi-Arabien in den letzten Monaten eine konstruktivere Rolle im Nahen Osten eingenommen hat und sich auch für eine Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen

mit dem Jemen offen gezeigt hat. Doch Saudi-Arabien ist noch immer Konfliktpartei im Jemenkrieg und hat mit seinen Interventionen im Jemen tausende Zivilist*innen getötet und eine humanitäre Katastrophe mitverursacht, unter der die Zivilbevölkerung nach wie vor leidet.

Es ist nicht auszuschließen, dass Saudi-Arabien durch die Intensivierung der diplomatischen Kontakte zu Israel in den letzten Jahren bei der Vermittlung im Nahostkonflikt mit der arabischen Welt eine konstruktive Rolle für den langfristigen Frieden in der Region einnehmen könnte. Dennoch ist das kein Grund für uns unsere bisherigen Positionen zu Waffenlieferungen aufzugeben.

Saudi-Arabien ist kein verlässlicher Partner, sondern eine fossile Diktatur, die eine eigennützige Bündnispolitik verfolgt, um die Hegemonie im Nahen Osten zu erlangen. Nach wie vor finden tagtäglich Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Hinrichtungen politischer Gegner*innen statt. Auch ist offen, ob das in Teilen antisemitische Regime wirklich dauerhaft hinter der Sicherheit Israels steht. Es gibt zudem keinerlei Garantien dafür, dass die Kampfjets in der Zukunft nicht wie im Jemen-Krieg für völkerrechts- und menschenrechtswidrige Angriffe gegen Zivilist*innen missbraucht werden. Wir dürfen die Flotte eines solchen Regimes nicht mit weiteren Kampfjets eines der modernsten Typen der Welt aufstocken.

Die Ankündigung konterkariert die im Koalitionsvertrag festgehaltenen Bemühungen ein Rüstungsexportkontrollgesetz zu verabschieden, das zu einer stärkeren Berücksichtigung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Empfängerländern von Rüstungsexporten führen soll. Dieses Gesetz muss weiterhin kommen und darf keine Einschränkungen in der Kontrolle von Menschenrechten enthalten.

Ebenso verurteilen wir die bereits Ende letzten Jahres erfolgte Genehmigung der Lieferung von 150 Iris-T-Lenkflugkörpern an Saudi-Arabien durch den Bundessicherheitsrat.

Wir rufen die Bundesregierung dazu auf, den Koalitionsvertrag einzuhalten und keine Rüstungsexporte an Länder mit einer problematischen Menschenrechtslage zu genehmigen. Solange Saudi-Arabien Völkerrecht und Menschenrechte missachtet, sollten bei den künftigen Entscheidungen im Bundessicherheitsrat keine Waffenlieferungen an Saudi-Arabien freigegeben werden. Der 2018 durch die Vorgängerregierung verhängte Rüstungsexportstopp an Saudi-Arabien nach den Menschenrechtsverletzungen im Jemen-Krieg und nach dem grausamen Mord an Jamal Khashoggi muss wieder eingehalten werden.

## Begründung

Dieser Antrag wurde (bis auf einzelne Unterschiede durch Anpassungen) bereits im Landesverband Bayern beschlossen: https://www.gruene-bayern.de/keine-eurofighter-fuer-saudi-arabien/

Die Einbringungsrede hat Anton Hofreiter gehalten (hier zu sehen ab 08:43:35: https://www.youtube.com/live/hvu6aon_LLY?si=VFLk3bk9jJ8pByZc)

Lesenswert zum Rüstungsexportkontrollgesetz: https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Service/Gesetzesvorhaben/erarbeitung-eines-rustungsexportkontrollgesetzes.html

## Unterstützer*innen

Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Anne Kammermeier (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Katinka Wellnitz (LV Grüne Jugend Berlin)